

PRESSESCHAU

2. Quartal 2016

China

„Ich sehe keinen Ausverkauf des deutschen Mittelstands“

Auf diskriminierende Hürden für europäische Unternehmen in China weist der Chef des Asien-Pazifik-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Hubert Lienhard, hin. So sind Mehrheitsübernahmen in vielen Branchen nicht möglich, in einigen herrscht Joint-Venture-Zwang. Zudem bestehen Beschränkungen bei öffentlichen Ausschreibungen, während bei Zertifizierungen teilweise Basistechnologie offengelegt werden muss. Der Abbau dieser Hemmnisse könne beschleunigt werden. Mit Bezugnahme auf chinesische Investitionen in Deutschland sagt Lienhard umgekehrt aber auch, dass er Befürchtungen über einen Ausverkauf des deutschen Mittelstands durch Firmenübernahmen nicht teilt. Den übernommenen Firmen gehe es sehr gut, sagt Lienhard in einem begleitenden Interview

Handelsblatt, 1. April 2016

<http://www.handelsblatt.com/my/unternehmen/industrie/auf-einkaufstour-wie-china-den-deutschen-mittelstand-frisst/13388232.html>

Politik fürchtet Kuka-Verkauf nach China

Auf den möglichen Verkauf des Roboterherstellers Kuka an den chinesischen Midea-Konzern reagiert der APA-Vorsitzende Hubert Lienhard mit der Forderung nach beidseitig offenen Märkten. Er sei der Meinung, dass Deutschland generell gut daran tue, einen offenen Markt zu haben. Midea dürfe gleichberechtigt mit deutschen Firmen ein Angebot für Kuka abgeben. Allerdings müsse die deutsche Wirtschaft in China, wo manche Branchen abgeschottet werden, ebenfalls auf Gleichberechtigung pochen.

Spiegel, 30. Mai 2016, auch aufgegriffen in der Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Mai, im Handelsblatt, 01. Juni, bei Reuters, 08. Juni, im Handelsblatt und im Handelsblatt – Global Edition, in der Zeit, im Stern (alle 10. Juni), in der Schwäbischen Zeitung, 14. Juni, in der Börsen-Zeitung, 15. Juni, in der Stuttgarter Zeitung, 16. Juni, und im Handelsblatt, 22. Juni

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/kuka-grossaktionar-bremst-vorstand-bei-midea-angebot-a-1094935.html>

Phoenix TV-Interviews zur Kanzlerinnenreise nach China

Eine Einschätzung der Themen für die Kanzlerinnenreise nach China gab Friedolin Strack, Sprecher der APA-Geschäftsführung und Koordinator Deutschland, im Vorfeld des Besuchs ab. Es gäbe eine Reihe politischer Fragen zu besprechen, etwa internationale Sicherheit und G20-Themen, sowie wirtschaftsrelevante Punkte, insbesondere das Tempo der chinesischen Reformen und Marktöffnungsprozesse. Nach der Reise erläuterte er, dass die Regierungen beschlossen hätten, im Bereich

Cyber-Security zusammenarbeiten zu wollen sowie im Rahmen der G20 weiter eng zu kooperieren.

Phoenix TV, 10. Juni 2016 und 16. Juni 2016

<http://v.ifeng.com/news/world/201606/013edea9-0c8b-4d55-aaa9-46b1e0d352f1.shtml>

<http://v.ifeng.com/news/world/201606/011dd2b7-5512-4e12-a0e6-326e8a1139c6.shtml>

Merkel besteht auf gleichen Rechten für Firmen in China

Am Rande des Deutsch-Chinesischen Beratenden Wirtschaftsausschusses fordert der APA-Vorsitzende Hubert Lienhard einen stärkeren Schutz deutscher Firmen vor Cyber-Angriffen in China. Voraussetzung dafür ist ein offenes, schnelles und sicheres Internet. Nur wenn China dies garantieren kann, ist auch eine engere Innovationspartnerschaft zwischen beiden Ländern möglich. Das von der Pekinger Führung vorgestellte neue Cyber-Sicherheitsregime stellt für die ausländischen IT-Unternehmen aber ein Hindernis dar und verhindert eine offene Zusammenarbeit. Der Technologieschutz muss gewährleistet sein, da Innovation vor allem Rechtssicherheit benötige.

Reuters, 13. Juni 2016, am selben Tag auch aufgegriffen im Deutschlandfunk und im dpa-Basisdienst

Neues deutsches Selbstbewusstsein

Die deutsche Wirtschaft tritt selbstbewusst auf bei der Sitzung des Deutsch-Chinesischen Beratenden Wirtschaftsausschusses. Stellvertretend hierfür steht der APA-Vorsitzende Hubert Lienhard, der in seiner einführenden Rede einen Forderungskatalog formuliert. Er verlangt von chinesischer Seite den Verzicht auf Technologietransfers und bemängelt das langsame Internet im Land, Joint-Venture-Zwang, mangelnde Cybersicherheit und den erschwerten Markzugang für einige Branchen. Die deutsche Wirtschaft drängt China eindringlicher als je zuvor auf Gleichbehandlung.

Handelsblatt, 14. Juni 2016